

---

Online-Gespräch

## **Kosovo nach den Wahlen: Im Gespräch mit Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz über Herausforderungen, Erwartungen und Chancen**

**Kooperationsveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft mit der Organisation deutsch-albanischer Akademiker Hamburg e.V., Online via Zoom, 18. Mai 2021**

*Bericht von Wladimir Dirksen, München*

### **Einleitung**

Nach den Parlamentswahlen in Kosovo am 14. Februar 2021 bestätigte das Parlament in Pristina am 22. März 2021 eine neue Regierung unter Premier Albin Kurti („Vetëvendosje“). Neue Außenministerin ist Donika Gërvalla-Schwarz. Geboren in Kosovo, aufgewachsen in Deutschland und Albanien, lebte die 49-jährige studierte Flötistin und Juristin zuletzt mit ihrer Familie in Bonn. Gërvalla-Schwarz kandidierte zum ersten Mal bei den jüngsten Wahlen auf der neu gegründeten Liste von Vjosa Osmani, „Guxo!“ (Dt. „Trau dich!“), und wurde mit 70.000 Stimmen in das kosovarische Parlament gewählt.

Wie die neue Regierung insgesamt steht die Außenministerin vor großen Aufgaben. „Vetëvendosje“ verspricht den Kosovarinnen und Kosovaren einen radikalen Wandel im Inneren hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit, solider Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, wirtschaftlichem Aufschwung und sozialer Gerechtigkeit. Das Amt als Außenministerin von Kosovo hält gleichermaßen zahlreiche Herausforderungen bereit: Wie geht es weiter mit der Integration in die Europäische Union, in der fünf Mitgliedstaaten Kosovo nach wie vor die staatliche Anerkennung verweigern? Was ist zu erwarten

von den Verhandlungen mit Serbien, die Gërvalla-Schwarz nun zusammen mit Premier Kurti führen wird? Welche Rolle spielt ein „Großalbanien-Szenario“ in der Agenda der Regierung? Welche Erwartungen gibt es seitens der kosovarischen Regierung an Deutschland und die EU? Wann und wie kann die seit langem in Aussicht gestellte Visa-Liberalisierung realisiert werden? Wie kann die deutsche und die europäische Politik die geplante Reformdynamik effektiver unterstützen? Welche Rolle wird die US-Administration unter Präsident Biden für die Zukunft des Landes spielen?

Über diese und andere Fragen sprach *Manuel Sarrazin*, MdB, Sprecher für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, mit der Außenministerin der Republik Kosovo, *Donika Gërvalla-Schwarz*.

Die Veranstaltung wurde mit einer Begrüßung durch *Peter Beyer* (MdB, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung, Berichtersteller für den Westlichen Balkan, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Berlin) eröffnet. *Beyer* betonte in seiner Ansprache die Relevanz der politischen Ent-

wicklungen in Kosovo für Deutschland und die EU. Die neue kosovarische Regierung wisse selbst am besten, welche Veränderungen für die Bevölkerung im Land am drängendsten seien. Nichtsdestotrotz wies Beyer insbesondere in seiner Rolle als Parlamentarier darauf hin, dass die Korruptionsbekämpfung und der Dialog zwischen Kosovo und Serbien im Hinblick auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft priorisiert verfolgt werden sollten. Es sei an der Zeit, dass Serbien und Kosovo in Brüssel zu einem Dialog finden und die konstruktive Hilfestellung der EU in Anspruch nehmen.

Mitveranstalter *Muhamet Idrizi* (Vorsitzender der Organisation deutsch-albanischer Akademiker Hamburg e.V. „ODA“) ging in seinen Grußworten auf drei Bedürfnisse der kosovarischen Diaspora ein: Zunächst kritisierte *Idrizi* die längst überfälligen Visa-Liberalisierungen, deren Ausbleiben – in Anbetracht der Tatsache, dass es für andere Konfliktregionen bereits Visa-Liberalisierungen für die EU gegeben habe – schwer zu verstehen sei. Als zweites Bedürfnis der Diaspora nannte *Idrizi* die Zurückdrängung des Einflusses von Russland, China oder anderen Ländern durch eine aktivere Impfstoff-Diplomatie der EU und Deutschlands. Seine dritte Forderung richtete sich an die neue Regierung Kosovos und verlangt eine Wahlrechtsreform, eine Entpolitisierung des diplomatischen Dienstes und eine Plattform zur Ermöglichung einer direkten Kommunikation der Regierung mit der Diaspora.

### Der Wunsch nach einem unabhängigen und demokratischen Kosovo

Die erste Frage von *Manuel Sarrazin* an Außenministerin *Donika Gërvalla-Schwarz* bezog sich auf den EU-Erweiterungsprozess: Was wäre Ihr Wunsch an die EU oder auch an die deutsche Politik, um die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik zu stärken?

*Gërvalla-Schwarz* betonte erst einmal ihre Freude darüber, bei dieser Veranstaltung in der Sprache der Heimat ihres Ehemanns und der ihrer Kinder sprechen zu können. Sie selbst habe zwischen ihrem zwanzigsten und dreißigsten

Lebensjahr, einer sehr prägenden Zeit wie sie sagte, in Hamburg gelebt. Diese Zeit habe ihr gezeigt, dass in Deutschland stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse eine Lebensweise schaffen würden, die sie sich auch für Kosovo wünschte.

Die Leichtigkeit des Lebens in Deutschland, die eine demokratische Gesellschaft ermögliche, hätte sie sehr beeindruckt. „Wenn der Staat tut, was er soll“, mache das „natürlich hungrig auf mehr“, erklärte *Gërvalla-Schwarz* ihren Wunsch, diese Verhältnisse auch in ihrer Heimat schaffen zu wollen. Als politisch interessierter Mensch und als Kind eines Journalisten, der aufgrund seiner Überzeugungen vom jugoslawischen Geheimdienst in Deutschland ermordet worden ist, habe sie sich schon früh auch in Deutschland politisch engagiert. *Gërvalla-Schwarz* war in den 1990er Jahren und im Jahr 2015 wiederholt in leitenden Funktionen bei der LDK, der „Demokratischen Liga des Kosovos“ tätig, bis sie 2018 nach gescheiterten Reformversuchen der Partei von allen Parteiämtern der LDK zurücktrat. Im Januar dieses Jahres kandidierte *Gërvalla-Schwarz* überraschend auf der neu gegründeten Liste von *Vjosa Osmani „Guxo!“* erstmals für das kosovarische Parlament. Hierbei erhielt *Gërvalla-Schwarz* sogar mehr Stimmen, als der damalige Premierminister *Avdullah Hoti*!

Teil der politischen Entwicklung Kosovos zu sein, sei für *Gërvalla-Schwarz* immer sehr wichtig gewesen. Sie sei keine bloße Beobachterin, sondern stets gewillt gewesen, mit dazu beizutragen, dass Kosovo „frei [...] und unabhängig wird“. Die Aufgabe ihrer Regierung sei es daher, die in den 1990er Jahren gewonnene Unabhängigkeit zu bewahren und das Land von der grassierenden Korruption zu befreien.

Von der EU wünscht sich *Gërvalla-Schwarz*, dass man „weniger diplomatisch“, sondern eher politisch mit Kosovo umgehe. Der gangbarste Weg für einen EU-Beitritt des Landes wäre in ihren Augen eine gut vorbereitete, gemeinsame Aufnahme aller Länder der Region. Die EU müsse berücksichtigen, dass man keines der Westbal-

kan-Länder vernachlässigen dürfe, sodass keine Ungleichverteilung der Ressourcen und Rechte entstünde, was die Region weiter destabilisieren würde. Deshalb wäre es aus ihrer Sicht die richtige Strategie – nicht in naher Zukunft, sondern möglicherweise erst im Jahr 2030 – die Länder der Region gemeinsam als einen Block in die EU aufzunehmen. Für die Region wäre eine langfristige Strategie der EU und Deutschlands wichtig, um intraregionale Strukturen aufbauen und vertiefen zu können und sich überdies zum Beispiel im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit genügend an das europäische Niveau angleichen zu können.

Moderator *Sarrazin* griff diesen Gedanken auf und warf das hypothetische Beispiel in den Raum, dass alle Reformen, die sich die neue Regierung Kosovos vorgenommen habe, in den nächsten Jahren erfolgreich umgesetzt werden könnten. Was wäre in einem solchen *Best-Case-Szenario*, an dessen Ende sogar ein Beitritt von Kosovo zur EU verdient in Aussicht gestellt werden würde, die Lösung, wenn andere Balkan-Länder, wie beispielsweise Bosnien und Herzegowina unter Präsident Milorad Dodik, sich den Anforderungen der EU für einen Beitritt verweigern würden?

*Gërvalla-Schwarz* bat um Verzeihung für die un-diplomatische Antwort, die sie auf diese Frage geben würde, und wies eindringlich darauf hin, dass es nicht Präsident Milorad Dodik sei, der einem EU-Beitritt Bosnien und Herzegowinas im Weg stünde. Vielmehr sei es die serbische Regierung, die einen Beitritt des Landes nach Kräften erschwere. Hätte Serbien in den vergangenen fünf Jahren einen Demokratisierungsprozess, verbunden mit einer konsequenten Korruptionsbekämpfung, durchlaufen, so würde selbst ein Milorad Dodik einen nicht so großen Unterschied machen, urteilte *Gërvalla-Schwarz*. Die serbische Regierung würde vehement versuchen, jegliche demokratische Entwicklung der Länder in der Region zu behindern – dies sei bei der Republik Kosovo und Bosnien und Herzegowina, aber auch in Montenegro der Fall.

Selbst in Nordmazedonien sei laut *Gërvalla-Schwarz* die serbische Regierung mithilfe medialer Einflussnahme dabei, die Gesellschaft zu „manipulieren“. Daher würde in der Region ein

großes Bedürfnis danach bestehen, dass Serbien sich von seiner Vergangenheit löst und sich in Richtung Freiheit und Demokratie entwickelt. Die Serben würden die Region als „Geisel“ halten. Beispielsweise würde Bosnien und Herzegowina durch die Einflussnahme Serbiens auf rund 30 Prozent seiner Bevölkerung täglich in großer Gefahr schweben. Gerade dieses Land, das in den Kriegen den höchsten Preis habe zahlen müssen, habe es verdient, durch die EU unterstützt zu werden, damit Serbiens Einflussnahme- und Blockadepolitik ein Ende finde.

*Manuel Sarrazin* lenkte das Gespräch an dieser Stelle wieder zurück auf Kosovo und fragte nach der Einschätzung der Außenministerin zu innenpolitischen Entwicklungen im Land, was Herausforderungen wie die Bekämpfung von Korruption oder der organisierten Kriminalität anbelangt. Eine Entwicklung wie diejenige in Albanien, wo die politischen Lager in diesen Fragen mittlerweile nicht mehr an einem Strang ziehen würden, wäre nicht im Interesse der EU. Daher wollte *Sarrazin* wissen, welche Ideen die Außenministerin für Strategien habe, die die kosovarische Regierung im Hinblick auf ihre so schwierige politische Ausgangssituation auf diese Fragestellungen verfolgen solle.

*Gërvalla-Schwarz* legte dar, dass Korruptionsbekämpfung immer mit Kritik verbunden sei. In dem Fall, in dem eine Regierung die Korruption nicht genug bekämpfe, würde Kritik über ihren mangelnden Einsatz gegen Korruption laut werden. Wenn sie aber den Kampf gegen die Korruption im Land ernsthaft anginge, würden Bürokraten schnell Kritik daran üben, dass die Regierung zu weit gehe. Daher laute der Auftrag der neuen kosovarischen Regierung, die mehr als jede zweite Stimme im Land erhalten habe, Kosovo eine ernsthafte Perspektive zu geben. Die Angst davor, dass diese Regierung scheitern könnte, sei in der Bevölkerung sehr groß. *Gërvalla-Schwarz* erwartet daher im Fall eines Scheiterns der Regierung eine weitere Auswanderungswelle aus dem Land. Die jetzige Regierung sei glaubwürdig und würde Vertrauen innerhalb der Bevölkerung genießen.

Was das albanische Szenario anbelangt, so betonte *Gërvalla-Schwarz*, dass trotz vieler Gemeinsamkeiten und der generellen Kenntnis

der albanischen Politik in Kosovo auch grundlegende Unterschiede zu Albanien bestehen würden. In Kosovo habe man, im Gegensatz zu Albanien, eine politische Kultur bewahren können, in der es nach wie vor möglich sei, über politische Lager hinweg miteinander zu sprechen. Es seien fünf große Politikbereiche zu verorten, in denen die Regierung und die Opposition in Kosovo ähnliche Ziele verfolgen würden. Dazu gehörten beispielsweise die Außenpolitik, die Bildungspolitik oder die Energiepolitik. Langfristige Ziele seien daher konsensfähige Themen zwischen der Regierung und der Opposition. Gërvalla-Schwarz versicherte, dass die Angebote der Regierung an die Opposition auch in Zukunft seriös bleiben würden.

Sarrazin wies darauf hin, dass insbesondere die Beziehungen zu Belgrad in der Vergangenheit großes Konfliktpotenzial zwischen dem Präsidenten, seiner Regierung und der Mehrheit im Parlament dargestellt hätten. Daher wollte er wissen, welche Herangehensweise an dieses Thema für die Außenministerin persönlich die richtige wäre. Gërvalla-Schwarz konnte über die Haltung der Opposition zu diesem Thema nichts sagen, betonte jedoch, dass die Regierung eine detaillierte Strategie im Verhältnis Pristinas zu Belgrad ausarbeiten werde. Diese Strategie würde auch die Interessen und Einstellungen der kosovarischen Opposition gegenüber Belgrad miteinschließen. Das Interesse der Regierung an einer geschlossenen Haltung des kosovarischen Parlaments zur Politik gegenüber Belgrad sei sehr hoch und die Regierung wäre daher auch bereit, Kompromisse einzugehen.

Persönlich sei Gërvalla-Schwarz nicht an einem „Dialog“, sondern vielmehr an einer „Normalisierung der Beziehungen zu Serbien“ gelegen. Das läge daran, dass in der Vergangenheit zwar Fortschritte in den Beziehungen beider Länder erungen worden seien, diese aber nicht auf gegenseitigen Zugeständnissen, sondern vielmehr auf dem einseitigen Entgegenkommen Kosovos gegenüber Serbien zustandegekommen seien. Hierbei wären die Interessen Kosovos vonseiten Belgrads jedoch nicht ernst genug genommen worden, was die jetzige Regierung ändern wolle. Daher sei der Ansatz der jetzigen Regierung einer, der mit der Praxis der letzten zehn Jahre in

den Beziehungen beider Länder brechen und einen „Neustart“ forcieren wolle.

### **Mobilitätsbeschränkungen durch Corona gefährden die Wirtschaft**

Unmittelbar nach der Wahl der neuen Regierung sei der Eindruck entstanden, dass internationale Beobachter kein anderes Thema als die Beziehungen Kosovos zu Serbien zu interessieren scheine. Jedoch wären gerade jetzt innenpolitische Probleme die drängendsten. Angesichts der grassierenden COVID-19 Pandemie betonte Gërvalla-Schwarz die schlechte gesundheitliche Versorgung des Landes. Insbesondere sei der Mangel an ausreichend Impfstoff ein großes Problem, da Auslandsreisen stark von der Infektionslage im Land abhingen. Das Land selbst hänge aber stark von den Rücküberweisungen der Diaspora ab, welche wiederum grundsätzlich mit der Mobilität der Diaspora zusammenhängen würden. Sollte der Personenverkehr zwischen Kosovo und dem Ausland weiterhin stark eingeschränkt bleiben, drohten dem Land große Einkommensverluste durch das Ausbleiben der Rücküberweisungen der Diaspora.

Neben den Zahlungsströmen an die in Kosovo lebende Familie würde die kosovarische Wirtschaft im Dienstleistungssektor wie der Gastronomie auch stark vom jährlichen Sommer-Tourismus der Diaspora abhängen. Daher sei die Einschränkung der Reisefreiheit von im Ausland lebenden Kosovaren eine Abschnürung der kosovarischen Wirtschaft von dringend benötigten finanziellen Mitteln. Aus diesem Grund appellierte die Außenministerin an die EU, Impfstofflieferungen an das Land aufzustocken, um eine Überlastung des Gesundheitssystems und einen Einbruch der Wirtschaft zu vermeiden.

Die Pandemie habe die „ererbte“ wirtschaftliche Lage des Landes verschlimmert. Daher sei es laut Gërvalla-Schwarz nicht der Dialog mit Serbien, sondern das Problem der Pandemie, das derzeit für die Regierung die höchste Priorität habe. Appelle westlicher Partner, die sich ausschließlich auf den Dialog mit Serbien bezögen, würden an der derzeitigen kosovarischen Realität vorbeigehen. Laut Gërvalla-Schwarz bedeutet dies aber nicht, dass vonseiten des Kosovos grundsätzlich keine Dialogbereitschaft bestün-

de. Die kosovarische Regierung würde sich an allen Gesprächen beteiligen, ob bilateraler Art oder auch unter Vermittlung der EU.

Angesichts der Tatsache, dass Kosovo derzeit sehr viele unterschiedliche Probleme zu bewältigen hat, zeigte *Sarrazin* für die Konzentration auf innenpolitische Aufgaben, für deren Lösung die Regierung ja schließlich gewählt worden sei, großes Verständnis. Andererseits sei es aber auch wichtig, dass man das „Spielfeld des Dialogs“ proaktiv angehe und in dem Fall, dass langfristige strategische Ziele wie die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos derzeit realistisch nicht zu erreichen seien, auch dazu bereit sein müsse, sich auf „Zwischenziele“ zu einigen. *Sarrazin* fragte deshalb die Außenministerin noch einmal nach ihrem Ansatz für Verhandlungen mit der serbischen Regierung.

*Gërvalla-Schwarz* betonte, dass sie nicht vor habe, nach Brüssel zu fahren, „um Fotos zu machen“, wie es in den letzten zehn Jahren die Praxis gewesen sei. Vielmehr sei sie gewillt, sich mit konkreten Vorschlägen auf die Gespräche in Brüssel vorzubereiten, um konkrete Einigungen in den Verhandlungen zu erzielen. Laut *Gërvalla-Schwarz* wäre auch das Thema der gegenseitigen Anerkennung beider Länder zeitnah zu bewältigen, wenn der politische Wille dazu bestünde. Daher sehe *Gërvalla-Schwarz* die Frage um die Anerkennung viel weniger problematisch, als dies *Sarrazin* tun würde. Konkrete strategische Schritte, welche die Außenministerin für die Verhandlungen mit Serbien anstrebe, könne sie derzeit jedoch nicht diskutieren und verwies für dieses Thema auf einen späteren Zeitpunkt. Was *Gërvalla-Schwarz* jedoch schon offenlegen konnte war, dass sie die Verhandlungen sehr offensiv angehen werde, um möglichst schnell Ergebnisse erzielen zu können.

*Sarrazin* kam an dieser Stelle auf die Regierungspartei LVV („Lëvizja Vetëvendosje!“ Dt. „Bewegung Selbstbestimmung!“) zu sprechen. Laut *Sarrazin* würde der Parteivorsitzende der LVV und amtierende Premierminister von Kosovo, Albin Kurti, immer wieder mit Äußerungen über eine geplante Vereinigung Kosovos mit Albanien auffallen. Auf genauere Nachfragen zu seinen Plänen für ein sogenanntes „Großalbanien“

würde Premierminister Kurti jedoch mit der Aussage, dass die Frage eines „Großalbaniens“ derzeit nicht seine politische Priorität sei, beschwichtigend ausweichen. Angesichts einer links-nationalistischen Regierungspartei, deren langfristiges Ziel eine Vereinigung von Kosovo mit Albanien sei, wollte *Sarrazin* von Außenministerin *Gërvalla-Schwarz* wissen, wie sie zu der Frage eines „Großalbaniens“ stehe.

*Gërvalla-Schwarz* verwies auf ihre Zeit in Deutschland und sprach dabei über ihre Faszination für die deutsche Einheit. Dieses Beispiel, sagte sie, habe gezeigt, dass solch große historische Schritte wie eine Vereinigung nur dann möglich seien, wenn die jeweiligen Nachbarn keine Bedenken hätten und einem solchen Schritt zustimmen würden. Als seriöser Staat, der eine Ausstrahlung habe, die keine Gefahr für seine Nachbarn darstelle, würden die Nachbarn einen solchen Weg mitgehen.

Die Außenministerin verwies darauf, dass ein gemeinsamer Kultur- und Sprachraum – nicht nur mit Albanien, sondern auch mit den anderen Ländern, in denen Albaner in großer Zahl leben – die Menschen durchaus beschäftigt. In diesen Gebieten würde laut *Gërvalla-Schwarz* dieselbe Sprache gesprochen und dieselbe Kultur gelebt. Obwohl die EU einen Beitritt dieser Länder derzeit nicht vorsehe, sei eben diese sprachlich-kulturelle Verbundenheit der Albaner in den unterschiedlichen Ländern der Hauptgrund für das Bestreben in der Region um eine Aufnahme in die EU. Denn was würde die EU denn anderes darstellen als die Möglichkeit, das eigene Leben nach Belieben gestalten zu können. Beispielsweise würden Menschen, die im französischsprachigen Raum leben wollen, dies problemlos tun können – ohne sich darum kümmern zu müssen, ob man sich diesseits oder jenseits der deutsch-französischen Grenze im Saarland niederlässt.

Das Zusammenleben der Albaner und Albanerinnen in einem gemeinsamen sprachlichen und kulturellen Raum könne man in der Region nur durch eine Mitgliedschaft in der EU erreichen. Selbstverständlich seien die demokratischen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und viele weitere gute Gründe für eine Mitgliedschaft in der EU anzuführen; jedoch wäre die Möglichkeit

für die Albaner, über Grenzen hinweg zusammenzuleben, eine wesentliche Motivation für eine Mitgliedschaft in der EU. Die Tatsache, dass es in der Region so viele „Fans“ für eine solche Mitgliedschaft gebe, wäre eben der Möglichkeit geschuldet, den Problemen der „Kleinstateerei“ zu entfliehen und in einem großen, gemeinsamen und integrierten Raum zu leben. Es sei „ganz einfach das, was wir wollen“, offenbarte *Gërvalla-Schwarz*.

Wenn man Premierminister Kurti einmal richtig zuhören würde und nicht nur die von den Medien herausgepickten Zitate mitbekäme, könnte man heraushören, dass Kurti genau darüber sprechen würde, so *Gërvalla-Schwarz*. Kurti würde nicht über eine Verbindung von Kosovo mit Albanien zu einem gemeinsamen Staat sprechen, denn „wo bl[ie]ben denn da die anderen?“. Kurti spreche nicht davon, dass Pristina und Tirana einseitig entscheiden würden, dass man ab morgen eine staatliche Union einginge und dabei missachten würde, was die Nachbarstaaten, die EU und die USA davon denken. Jedoch könne der Wunsch der einfachen Menschen von der Straße, „gemeinsam in einem Raum zu leben“, nicht länger ignoriert werden. Daher würde *Gërvalla-Schwarz* ihre Freunde in der EU stets davor warnen, eine EU-Perspektive der Länder immer weiter aufzuschieben, denn es sei nun mal so, dass Menschen eine begrenzte Geduld hätten und dann nach Alternativen suchen würden.

Laut *Gërvalla-Schwarz* würden sich laut Umfragen über 93 Prozent der Kosovaren für eine Mitgliedschaft in der EU aussprechen. Dies sei eine verlässliche numerische Angabe, im Gegensatz zu Erklärungen in den Zeitungen, die den Eindruck erwecken sollten, dass die neue Regierung bedrohlich sei, indem sie ihr vorwerfen würden, die Stabilität auf dem Balkan zu gefährden. Über seine unkonventionelle Fragestellung vorwarnend, merkte *Sarrazin* an, dass er diesen Wunsch in Bosnien und Herzegowina ebenfalls wiederholt zur Kenntnis genommen habe. Daher würde ein klares Dementi seitens von Kosovo über eine mögliche Vereinigung mit Albanien sowohl dem serbisch-bosnischen Politiker und ehemaligen Staatsoberhaupt der Republika Srpska, Milorad Dodik, als auch dem Vorsitzenden der Kroatisch Demokratischen

Union in Bosnien und Herzegowina, Dragan Čović, ordentlich die Suppe versalzen.

*Sarrazin* verwies an dieser Stelle darauf, dass er schon dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama klargemacht habe, dass er persönlich eine solche Angliederung vehement ablehnt und im Fall einer Vereinigung von Kosovo mit Albanien eine Aufnahme in die EU von seiner Seite kategorisch ausgeschlossen werden würde. „Ich nehme Kosovo und Albanien nur als separate Staaten in die EU auf, und sonst nicht, ganz klar“, brachte *Sarrazin* seine Einstellung zu einer möglichen Vereinigung beider Länder noch vor einem möglichen Beitritt zur EU deutlich zum Ausdruck.

Für den Fall, dass ein Zusammenschluss erst nach einem Beitritt in die EU angestrebt würde, müssten einerseits die Verträge mit der EU geändert werden und könnte andererseits die dafür nötige einstimmige Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten nach *Sarrazin* mit Sicherheit nicht erreicht werden. Insbesondere dann, wenn zu diesem Zeitpunkt neben Kosovo und Albanien auch Serbien ein Mitglied der EU sein sollte. Angesichts dieser Sachlage, die eine Vereinigung von Kosovo mit Albanien laut *Sarrazin* unwahrscheinlicher mache, als es eine erneute Teilung Deutschlands wäre, stelle sich daher die Frage nach dem Sinn, über ein so unrealistisches Ziel überhaupt zu debattieren. Warum, wollte *Sarrazin* wissen, werde sowohl von der Regierungspartei als auch von der LDK trotzdem immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt? Warum würden unerfüllbare Wünsche der Wähler als realistische Ziele dargestellt und damit ethno-nationalistische Debatten in der Region immer weiter befeuert?

Ein Vergleich der albanischen Frage mit der Frage nach einer möglichen Teilung Bosnien und Herzegowinas sei nicht zulässig, erwiderte *Gërvalla-Schwarz*. Milorad Dodiks und Dragan Čovićs Bemühungen würden nämlich die Gefahr mit sich bringen, einen Staat wie Bosnien und Herzegowina auseinanderfallen zu lassen. Beide würden mit ihren Bemühungen die Existenz des Staates riskieren, was für *Gërvalla-Schwarz* ein „nicht gangbarer Weg“ ist. *Gërvalla-Schwarz* sagte, dass es nicht ihr Ziel sei, innerhalb der

EU aus zwei Staaten einen einzigen Staat zu formen. Vielmehr würde die EU als solche das Bedürfnis der Menschen nach einem gemeinsamen sprachlich-kulturellen Raum befriedigen. Das bedeute, dass nicht die Formung einer politischen Vereinigung innerhalb der EU das Ziel sei; stattdessen würde das in der Region „existente Bedürfnis nach einem barrierefreien Zusammenleben in einem Sprach- und Kulturraum“ durch die Aufnahme in die EU befriedigt werden.

Ein solches Szenario würde nach *Gërvalla-Schwarz* eine Win-win-Situation für alle darstellen. Ein gemeinsamer Sprach- und Kulturraum sei zwar nicht der einzige Grund dafür, dass es einen Willen zur EU-Mitgliedschaft gebe, jedoch würde eben dieses Thema besonders oft zur Sprache gebracht – was wiederum dazu führen würde, dass es so zentral erscheint. Eine politische Einheit mit Albanien werde laut *Gërvalla-Schwarz* innerhalb der EU nicht angestrebt, vor allem nicht, wenn es bei den Nachbarn auf Widerstand stoßen würde. So etwas „werde ich nicht erleben, [und] das werden Sie [auch] nicht erleben“, stellte sie klar.

Genau das, was die EU vorgemacht hätte, wünsche sie sich für den Balkan, sagte *Gërvalla-Schwarz*: Dass man barrierefrei miteinander kommunizieren könne und dass man sich – unabhängig davon, ob man Franzose in Paris oder an der Grenze ist, oder ob man Deutscher in Hamburg oder im Süden sei – aussuchen könne, in welchem Raum man zu leben wünscht. Die Außenministerin betonte, dass die Unterstützung der neuen Regierung innerhalb der Bevölkerung sehr groß sei und die Regierung in den schwierigen Zeiten, die noch kommen würden, diese Unterstützung brauchen werde, um schwierige Entscheidungen treffen zu können. Die neue Regierung müsse Ergebnisse produzieren, die sie zu Hause auch umsetzen könne, alles andere wäre eine bloße „Foto-Diplomatie“. Man brauche einen Dialog, von dem die Menschen in Serbien und Kosovo und nicht nur die Politiker, die sich in den Verhandlungen betätigen, profitieren würden.

### Umgang mit den Opfern des Kosovo-Krieges

*Sarrazin* sprach an dieser Stelle die von Kurti aufgeworfene Frage nach den Opfern des Krie-

ges an, wonach vor internationalen Gerichten nach Gerechtigkeit gesucht werden solle. Als ein Freund des internationalen Rechts beteuerte *Sarrazin*, daran zu glauben, dass Aufarbeitung sehr wichtig sei und man viel mehr über die Opfer und vor allem mit ihnen sprechen müsse, um zu einer Versöhnung und gegenseitigen Anerkennung des Leids zu kommen. Nichtsdestotrotz gebe es auch die Auffassung, dass weitere Bemühungen der Aufarbeitung keinen Nutzen für die Opfer brächten, sondern vielmehr die tiefen Gräben zwischen den Parteien wieder aufreißen würden. Angesichts dieser zwei Strömungen in Bezug auf den Jugoslawien-Krieg wollte *Sarrazin* von der Außenministerin wissen, welche Einstellung sie zur Aufarbeitung habe.

*Gërvalla-Schwarz* gab an, dass Bemühungen der Aufarbeitung das Problem bergen würden, dass man zu sehr in der Vergangenheit lebt. Hierbei sei aber nicht die Vergangenheit selbst das Problem, sondern die heutige Haltung Serbiens. „Unser Problem ist das heutige Serbien, unser Problem ist noch nicht einmal, dass der ehemalige Propagandaminister [...] von Slobodan Milošević der heutige serbische Präsident ist, weil das haben nicht wir zu entscheiden, das haben die Bürger in Serbien entschieden [...]“. Das derzeitige Problem sei, die Sprache, die auf Seiten Serbiens gegenüber Kosovo benutzt werde, zu akzeptieren. In Deutschland wäre auch keiner bereit, die „AfD-Sprache“ zu akzeptieren, und als solche nehme *Gërvalla-Schwarz* die Sprache der serbischen Regierung wahr.

Wenn man serbische Medien verfolge, würde man erkennen, dass der Populismus des Präsidenten Serbiens, Aleksandar Vučić, alle Lösungsmöglichkeiten ausschließen würde. Die serbische Presse würde versuchen, den Präsidenten möglichst gut darzustellen. Dieser würde sich aber aufgrund von Korruptionsvorwürfen in seinem Land darauf beschränken, auf Kosovo herumzuhacken.

*Gërvalla-Schwarz* betonte an dieser Stelle, dass sich die Biografien der serbischen und kosovarischen Politiker stark unterscheiden. Auf der einen Seite gebe es eine neue kosovarische Regierung, deren Ministerpräsident zweieinhalb Jahre als politischer Gefangener in serbischen

Gefängnissen gesessen habe. Nachdem man ihn in Kosovo festgenommen und nach dem Einmarsch der NATO-Truppen nach Serbien verschleppt hatte, habe man ihn erst zwei Jahre nach Ende des Krieges freigelassen. Im Gegensatz dazu habe Vučić zur selben Zeit als Propagandaminister Miloševićs fungiert.

Ein anderes Beispiel sei die derzeitige Vizepräsidentin des kosovarischen Parlaments, die den Krieg mit 16 Kugeln im Körper überlebt habe, nachdem ihre ganze Familie ermordet worden sei. Ebenso gebe es eine kosovarische Abgeordnete, die öffentlich über Massenvergewaltigungen im Krieg gesprochen habe und dafür in Kosovo sehr geschätzt und respektiert werde. Die Außenministerin selbst habe auch eine Biografie, die sehr schwierig sei: Nachdem sie als Kind habe erleben müssen, wie ihre Familie flüchtete, seien ihr Vater und ihr Onkel bei einem politischen Attentat in Deutschland getötet worden.

Die Außenministerin stellte klar, dass die Befürworter einer Aufarbeitung keinesfalls auf Rache aus seien. Jedoch wäre bislang in Folge von – laut *Gërvalla-Schwarz* geschätzten – mehr als zwanzigtausend Vergewaltigungen im Krieg kein einziger Täter in Serbien verurteilt worden. Serbien betreibe laut der Außenministerin keine Vergangenheitsbewältigung. Die aufgeführten Biografien würden zeigen, dass es sich bei der Aufarbeitung der Verbrechen nicht um die Generation der Großeltern oder der Eltern handelt, sondern um eine gegenwärtig in Kosovo in Regierungsverantwortung stehende Generation. Daher befände sich derzeit ein Institut zur Dokumentation der Verbrechen in der Gründung, und die Regierung würde eine Genozidklage vorbereiten, die nach ausreichender Beweissicherung und realistischer Aussicht auf Erfolg erhoben werden wird.

Folglich habe Serbien zwei Möglichkeiten, mit seiner Vergangenheit umzugehen. Einerseits bestünde die Möglichkeit, dem Vorbild Deutschlands zu folgen und die eigenen Verbrechen anzuerkennen, sich bei den Opfern zu entschuldigen und auf eine andere, bessere Zukunft in den nachbarschaftlichen Beziehungen zu hoffen. Oder aber man bleibe auf dem Weg, den Vučić eingeschlagen habe, und leugne seine Verbrechen. In letzterem Fall sei es daher nötig,

das Geschehene von unabhängiger, internationaler Stelle bewiesen zu bekommen.

Es vergehe kein Tag zwischen den Monaten März und Juni eines jeden Jahres, an dem nicht an ein Massaker erinnert würde. Bei diesen Massakern seien überwiegend Frauen und Kinder ermordet worden. Hierbei sei in vielen Fällen nicht klar, wohin die Opfer verschleppt worden seien, sodass Trauernde auch heute noch oft nicht wissen, wo sich die Überreste ihrer Angehörigen befinden. Die Außenministerin forderte daher, dass Serbien offenlegen solle, wo sich die fraglichen Massengräber auf serbischem Territorium befinden, damit man die Geschehnisse verarbeiten und den Dialog voranbringen könne. Dabei gehe es nicht nur um Vergangenheitsbewältigung, sondern darum, dass es auch heute noch Mütter gebe, die nicht wüssten, wo ihre Kinder begraben sind.

Der kosovarische Ministerpräsident Albin Kurti habe in seiner ersten Rede vor dem Parlament öffentlich erklärt, dass von den 1.600 Vermissten ein Viertel bis ein Drittel nicht albanischer Herkunft, sondern Serben, Roma, Bosniaken, Türken oder Angehörige anderer Volksgruppen gewesen seien. Die Angaben über die Massengräber vermute man im Archiv der ehemaligen jugoslawischen Volksarmee in Belgrad. Für Belgrad wäre es laut *Gërvalla-Schwarz* ein Leichtes, diese Daten herauszugeben. Auf albanischer Seite gebe es zwar keine Register, aber man hätte eine enorme Bereitschaft, den Prozess der Aufarbeitung voranzutreiben, nicht nur der albanischen Mütter wegen. Auch alle anderen Mütter hätten es verdient, ihre Angehörigen ordnungsgemäß bestatten zu können. Eine solche Aufarbeitung des Schicksals der Vermissten würde wesentlich zur Befriedung der Gesellschaft beitragen. Damit das Thema des Krieges endlich beerdigt werden könne, brauche man vonseiten Belgrads als Zeichen des guten Willens Informationen über die Standorte der Massengräber, bevor man mit den Dialogen beginne.

#### Fragen aus dem Publikum

An dieser Stelle beendete *Manuel Sarrazin* das Zwiegespräch, bedankte sich bei der Außenministerin und übergab für die Zuschauerfragen an Dr. *Christian Hagemann*, den stellvertretenden



den Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft in München. Das erste Thema, auf das sich die Fragen aus dem Publikum bezogen, war die Rolle der Diaspora und der Umgang mit ihr. Innerhalb der kosovarischen Diaspora gebe es viele Menschen, die gut ausgebildet wären und sich gerne in die Entwicklung Kosovos einbringen würden. Es gebe zwar jährlich im Sommer eine gewaltige Finanzspritze für die kosovarische Wirtschaft, jedoch bestünde gleichzeitig das Problem, dass diese Rücküberweisungen häufig in Konsumgüter anstatt in nachhaltigere Anlagen investiert würden. Die Frage an die Außenministerin lautete daher, ob es zu dieser Problematik bereits eine Strategie der Regierung zur Umlenkung der Investitionen gebe.

*Gërvalla-Schwarz* beteuerte, dass die Diaspora der eigentliche Schatz Kosovos sei. Sie selbst sei über 20 Jahre lang Teil der Diaspora gewesen und wisse, dass die Einbindung der Diaspora in allen Bereichen des Lebens in Kosovo – wie auch in einer Regierungserklärung festgeschrieben – unverzichtbar sei. Das liege nicht nur an den Rücküberweisungen, sondern vor allem daran, dass die Diaspora als eine Brücke ins Ausland fungiere und meist bestens ausgebildet sei. Daher brauche man die Diaspora in allen Institutionen Kosovos, um Reformen nicht durch Dritte vorgefertigt zu bekommen, sondern mithilfe der Diaspora Reformen selbst entwerfen und angehen zu können. Außerdem würden viele Arbeitsplätze durch die Investitionen der Diaspora geschaffen.

Ausländische Investitionen würden im Fall der Diaspora im Gegensatz zu anderen Investoren ohne große Gewinnerwartungen getätigt. Wichtig sei den Investoren und Investorinnen aus der Diaspora stattdessen insbesondere, dass mit ihrem Geld keine Korruption finanziert werde. Daher werde die Regierung alles daransetzen, diese Hürde für Investitionen zu beseitigen. Falls jemand die Erfahrung machen sollte, korrupte Beamte bezahlen zu müssen, solle man dies laut *Gërvalla-Schwarz* dringend den Behörden melden. Genehmigungen würden in Kosovo nicht mehr mithilfe von Bestechungszahlungen erteilt.

Die Diaspora fungiere als Brücke zu anderen Ländern, weil sie die Gepflogenheiten beider

Seiten kenne und dadurch wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern gleichzeitig erleichtere und befördere. Die Ausbildung der Diaspora sei sehr gut und breit gefächert, es müsse daher gelingen, dieses Knowhow für das Land zu nutzen. Die Bereitschaft dafür sehe sie überall, sagte *Gërvalla-Schwarz*. Die Diaspora solle außerdem nie mehr von ihrem Stimmrecht abgeschnitten werden. Das erste eingebrachte Gesetz der neuen Regierung habe aus diesem Grund das Wahlrecht Kosovos betroffen und der Diaspora zugestanden, dass ihr das Stimmrecht per Gesetz nie wieder entzogen werden kann. Als Beispiel für das erfolgreiche Einbringen der Diaspora in die kosovarischen Institutionen nannte *Gërvalla-Schwarz* ihren Kabinettschef, welcher erst 24 Jahre alt sei und aufgrund seiner Ausbildung und Sozialisierung in Deutschland den größten Respekt innerhalb der Regierung genieße. Demnach seien Fachkräfte mit Knowhow in Kosovo viel dringender gebraucht als Geld. Folglich sei eine Plattform für die Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Fachkräfte vonnöten.

Weiterhin wollte das Publikum wissen, ob und inwieweit der Austausch zwischen der Diaspora und Kosovo institutionalisiert werden soll. Vorschläge aus dem Publikum, dass man Praktika, Workshops oder gar einen Finanzierungsfonds der Diaspora einrichten könnte, gingen laut *Gërvalla-Schwarz* in dieselbe Richtung, die der Regierung vorschwebte. Derzeit würde sie selbst sich beispielsweise bei der Besetzung des Amtes ihrer Stellvertreterin für eine bestimmte Person einsetzen, die sich in ihrer beruflichen Vergangenheit explizit mit der Ausweitung der Beziehungen zur Diaspora beschäftigt habe.

Das Publikum stellte als nächstes Fragen zur EU-Perspektive des Landes: In den letzten Monaten sei in Bezug auf den EU-Beitritt der Länder des Westbalkans eine pessimistische Diskussion entstanden. Die Region habe zwar keine Alternative zum EU-Beitritt, jedoch stelle sich langfristig die Frage danach, wie lange die kosovarische Regierung die EU-Perspektive und den Glauben an das Beitrittsversprechen der EU an die Region innerhalb der Bevölkerung aufrechterhalten könne. Beispielsweise fehlte einerseits die versprochene Visa-Liberalisierung, andererseits würde Kosovo immer noch von fünf EU-

Mitgliedstaaten (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) nicht anerkannt. Gibt es konkrete Gründe für Frankreich und die Niederlande, die Mitgliedschaft Kosovos und der Region als Ganzes zu verweigern?

*Gërvalla-Schwarz* stellte klar, dass man die sogenannte EU-Müdigkeit, die man auch in Deutschland in einigen Teilen der Bevölkerung vorfinden würde, in den Balkan-Ländern nicht habe. Es gebe zwar Länder wie Serbien, die der EU gegenüber nicht freundlich gesinnt seien, jedoch brauche man sich mit über 93 Prozent Zustimmung für einen EU-Beitritt in Kosovo keine Sorgen über die Beitrittswilligkeit der Bevölkerung machen. Kosovo habe das Assoziierungsabkommen unterschrieben; Ziel der neuen Regierung sei es daher, innerhalb der nächsten vier Jahre den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erreichen. Das sei zwar ein ambitioniertes Ziel, jedoch sei die kosovarische Regierung „sehr committed“, dies zu schaffen.

Das es immer noch keine Visa-Liberalisierungen gebe, mache die Außenministerin sprachlos. Das EU-Parlament und die Kommission hätten bestätigt, dass die Voraussetzungen für Visa-Liberalisierungen erfüllt worden seien und diese jetzt eingeführt werden müssten. Jedoch gebe es zwei, drei Länder, die blockieren würden. Angesichts von 1,8 Millionen Menschen in Kosovo wäre die Blockade der Visa-Liberalisierungen aus Sorge vor illegaler Migration laut *Gërvalla-Schwarz* ein großes Unrecht, da man dabei auch Geschäftsleuten, Sportlern und Sportlerinnen, Kunstschaffenden und Besuchern und Besucherinnen die Einreise erschwere. Es könne nicht sein, so die Außenministerin, dass Eltern ihre Kinder in Deutschland nicht besuchen könnten, obwohl ihre Kinder die finanziellen Mittel haben würden, ihnen die Tickets zu bezahlen.

Die Voraussetzungen für eine Liberalisierung seien „doppelt erfüllt“ worden. Als Außenministerin müsse *Gërvalla-Schwarz* mit Frankreich, den Niederlanden und anderen Skeptikern einer Visa-Liberalisierung sprechen, um Zweifel aus der Welt zu schaffen. Wie große Drogenfunde in der letzten Zeit gezeigt hätten, würden jeden Tag Signale gesendet, dass man die Verbrechensbekämpfung in Kosovo ernst nehme. Im Endeffekt sei es für *Gërvalla-Schwarz* eine Frage

der Glaubwürdigkeit der EU, wenn trotz größter Bemühungen Fortschritte im Beitrittsprozess an den Vorurteilen einiger Länder scheiterten.

In Bezug auf die nach wie vor fehlende Anerkennung von Kosovo durch fünf EU-Mitgliedstaaten wollte *Hagemann* von der Außenministerin wissen, wie gut die Chancen für eine baldige Änderung des Status von Kosovo in den fünf Ländern wäre. Es sei richtig, dass fünf EU-Mitgliedstaaten Kosovo noch nicht anerkannt hätten. Jedoch, so beteuerte *Gërvalla-Schwarz*, hätten die 22 anderen EU-Mitgliedstaaten alle schon früh die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt. Es gehöre zum täglichen Geschäft des Außenministeriums, um die Anerkennung in diesen Ländern (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) zu werben. Dies sei ein langwieriger Prozess, der auf allen Ebenen forciert werden müsse. Hierzu sollen in nächster Zeit die kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte mit diesen Ländern ausgebaut werden, um auf lange Sicht die Anerkennung Kosovos zu erreichen.

Die nächste Frage aus dem Publikum richtete sich auf die atlantische Perspektive Kosovos: Inwieweit befürwortet die Außenministerin einen Verbleib der KFOR-Truppen in Kosovo? Erachtet sie – analog zum EU-Beitritt – auch einen NATO-Beitritt Kosovos oder der Region als Ganzes für sinnvoll? Laut *Gërvalla-Schwarz* würde die Zustimmung in Kosovo für einen Beitritt zur NATO sogar noch höher sein als diejenige zu einem EU-Beitritt. Die meisten NATO-Mitgliedstaaten hätten Kosovo anerkannt. Für einige wenige, die dies noch nicht getan hätten, würden täglich Anstrengungen unternommen, um zu zeigen, dass das Land ein seriöser bilateraler Partner sei. „Deswegen: NATO? – Ja, unbedingt!, mit Ausrufezeichen und KFOR-Präsenz auch: Ja!, mit Ausrufezeichen“ fasste die Außenministerin ihre Position unmissverständlich zusammen.

Die KFOR-Präsenz sei der Garant für die Sicherheit der Menschen in Kosovo. Ungeachtet der Tatsache, dass die serbische Seite durch die Lieferungen schwerer Waffen aus Russland oder China Propaganda betreibe, könnten die kosovarischen Bürger und Bürgerinnen dank der Präsenz von NATO-Truppen in Gestalt der KFOR nachts ruhig schlafen. Ohne NATO und KFOR im

Land wäre die Sicherheitslage in Kosovo eine ganz andere und man müsste fürchten, dass Serbien einmarschieren könnte. „Also, bitte KFOR nicht antasten!“ appellierte *Gërvalla-Schwarz* und betonte die Rolle der KFOR als Garant für Frieden und Stabilität in der Region.

Die letzte Frage aus dem Publikum betraf den gesellschaftlichen Bereich und richtete sich an der Geschlechtergerechtigkeit im Land aus: Als weibliche Außenministerin in Kosovo neben einer weiblichen Staatspräsidentin – was können Sie als wichtige Frauen auch für die Frauen in Kosovo verändern? *Gërvalla-Schwarz* erklärte, dass die Liste der von ihrer Koalition zur Wahl aufgestellten Abgeordneten bei den letzten Wahlen die festgesetzte Frauen-Quote von 30 Prozent auf dem Stimmzettel mit über 40 Prozent zur Wahl aufgestellter Frauen bei weitem übertroffen habe.

In der obersten Ebene der Politik habe Kosovo einen Status von Frauen erreicht, in dem nichts mehr erklärt werden müsse. Die Staatspräsidentin zum Beispiel sei aufgrund ihrer Haltung, Werte und Prinzipien gewählt worden und nicht

wegen ihres Geschlechts. Es sei der Außenministerin allerdings klar, dass es einige Zeit dauern werde, bis die Geschlechtergerechtigkeit von den höchsten politischen Ebenen des Staates bis in die Gesellschaft übernommen werden könne. Kosovo von 2021 sei nicht mehr derjenige von 1990 – Frauen hätten in der Gesellschaft viel mehr zu sagen als früher.

Jedoch sei nach wie vor die Arbeitslosigkeit bei Frauen mit über 80 Prozent sehr hoch, was *Gërvalla-Schwarz* als „völlig inakzeptabel“ bezeichnete. Wenige Frauen würden in Kosovo Familie und Arbeit vereinbaren. Dort jedoch, wo Frauen in Kosovo arbeiten würden, würden sie dies besser tun als die Männer. Unabhängig davon, dass in den höchsten politischen Ebenen Frauen sehr sichtbar seien und viel eigenes politisches Gewicht hätten, würde es noch viel Arbeit brauchen und ein langer Weg sein, bis Frauen in Kosovo gleichberechtigt wären und Mädchen und Jungen die gleichen Chancen hätten.

Mit einer Danksagung und Verabschiedung durch *Manuel Sarrazin* endete das Online-Gespräch.

---

## Online-Diskussion

# 25 Jahre nach Dayton: Bosnien und Herzegowina zwischen Ethnonationalismus und Bürgergesellschaft

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft, Online via Zoom, 04. Mai 2021

*Bericht von Stephani Streloke, Bonn*

**Die Online-Veranstaltungen der SOG sind auf YouTube nachzuverfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso>.**

### Einleitung

Ende 1995 konnte mit dem Friedensabkommen von Dayton der Krieg in Bosnien und Herzegowina endlich beendet werden. Bis heute ist das Land jedoch ein in weiten Teilen dysfunktionaler Staat, in dem nicht alle Bürgerinnen und Bürger über die gleichen Rechte verfügen. Die ethnische Spaltung der Gesellschaft schreitet voran, die Glorifizierung von Kriegsverbrechen gehört keineswegs der Vergangenheit an. 25 Jahre nach Dayton wurde auf dieser Online-

Veranstaltung über die aktuellen Herausforderungen des Landes zwischen Ethno-Nationalismus und Bürgergesellschaft diskutiert: Welche Veränderungen braucht es, damit Bosnien und Herzegowina sich zu einer Bürgergesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger entwickeln kann?

Auf dem Podium diskutierten darüber Dr. *Valentin Inzko*, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Sarajevo; Botschafterin *Susanne*

Schütz, Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei, OSZE und Europarat, Auswärtiges Amt, Berlin; *Mirsad Hadžikadić*, Vorsitzender und Gründer der Platform for Progress, Sarajevo; Dr. *Majda Ruge*, Senior Policy Fellow, Western Balkans, European Council on Foreign Relations, Berlin und Prof. Dr. *Joseph Marko*, ehemaliger internationaler Richter am Verfassungsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina, Universität Graz. Moderatorin der Veranstaltung war *Adelheid Wölfl*, Südosteuropa-Korrespondentin, Der Standard, Sarajevo.

In seinem (aufgrund von Wahlkampf-Terminen vorab aufgezeichneten) Grußwort sagte *Manuel Sarrazin*, MdB, Sprecher für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft: „Wir alle wissen, wie wichtig das Daytoner Abkommen von 1995 war, es beendete endlich den blutigen Bosnienkrieg. [...] Abwesenheit von Krieg bedeutet nicht unbedingt auch Frieden. Wir wissen, dass Bosnien und Herzegowina bis heute in weiten Teilen ein dysfunktionaler Staat ist.“ Nicht alle Bürgerinnen und Bürger hätten die gleichen Rechte. Auch die ethnische Spaltung sei noch lange nicht überwunden. Die Glorifizierung von Kriegsverbrechen gehöre zur Tagesordnung. „Wie können wir uns gemeinsam für die Idee einer multi-ethnischen Bürgergesellschaft einsetzen?“, fragte Sarrazin.

Sarrazin wandte sich dann den sogenannten „Non-Papers“ zu, welche seit dem Frühjahr 2021 kursieren und die eine ethnische Grenzziehung für Bosnien und Herzegowina fordern. Die Politik habe sich in den letzten Wochen damit beschäftigen müssen. „Über die reden alle, aber keiner will sie geschrieben haben“, sagte Sarrazin. Er bedankte sich bei Bundesaußenminister Heiko Maas und Staatsminister Michael Roth, dass diese sich so offen gegen ethnische Grenzziehungen positionierten. Sarrazin sagte, diese Papiere gehörten in den „historischen Schredder“. Die Verfasser der „Non-Papers“ wollten nicht erreichte Kriegsziele heute am Grünen Tisch verwirklichen. Es werde immer noch getestet, wie weit man gehen kann und sondiert, wie die EU auf solche Versuche reagiert.

Die Grenzen von Bosnien und Herzegowina seien unantastbar, sagt Sarrazin. In diesem Kontext sei es auch wichtig, dass der Aufbau einer

Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft eingefordert und gefördert wird. Eine Verfassungsreform einschließlich des Wahlgesetzes müsse dafür sorgen, dass die ethnische Spaltung überwunden werde. Nur ein multi-ethnisches und multi-kulturelles Bosnien könne in Europa, in einer Europäischen Union bestehen. Dies wolle er der Diskussion vorausschicken.

### Notwendige Schritte hin zur Bürgergesellschaft

Moderatorin *Adelheid Wölfl* dankte Sarrazin für seine einführenden Worte. Nach 25 Jahren befinde sich BuH in der Situation, dass wieder einmal über Gesetzesänderungen gesprochen werde und individuelle Bürgerrechte eingefordert würden. Was braucht es, um gleiche Rechte für alle zu erhalten, wie kann man dies unterstützen, und welche Rolle kommt der Zivilgesellschaft dabei zu? Sie begrüßte das hochkarätig besetzte Panel und wandte sich als erstes an *Valentin Inzko*: Er sei als OHR vor Ort, zusammen mit Repräsentant\*innen der EU und anderen wichtigen Playern. In der Vergangenheit habe man gesehen, dass es Fortschritte gibt, wenn alle gut zusammenarbeiten. Wie kann so eine Zusammenarbeit aussehen, damit es schrittweise in Richtung Bürgergesellschaft vorangeht?

*Valentin Inzko* bestätigte, dass fast alles, was es auf der Welt an internationalen Organisationen gibt, vor Ort ist, einschließlich der Weltbank, einer UNO-Vertretung und des UNHCR. Als größte Organisation sei die OSZE mit rund 300 Mitarbeiter\*innen vor Ort. Insgesamt seien einschließlich der Botschaften rund 2.000 Organisationen im Land vertreten. Der Output jedoch sei nicht gut, hier müsse mehr geliefert werden. Der OHR hatte anfangs die Leadership. Ein großer Schritt hin zur Normalität seien die einheitlichen Nummernschilder, Fahnen und eine gemeinsame Währung gewesen. Aus drei Armeen sei eine, aus zwei Verteidigungsministerien eines geworden.

Statt der „Bonn Powers“ des OHR spreche man heute von „Pool Powers“. *Inzko* sagte, er sehe zu wenig von diesen und auch zu wenig von der Perspektive der EU-Mitgliedschaft. Die EU habe bereits 2003 in Thessaloniki europäische Perspektiven in Aussicht gestellt. Wenn BuH 2033 in die EU kommen sollte, habe es lange 30 Jahre

darauf gewartet. „Eine Perspektive von 30 Jahren verändert sich in eine Fata Morgana“, da habe man keine Lust mehr, zu warten, stellte Inzko fest. Die Menschen sagten also, wir lieben die EU, wir gehen jetzt nach Deutschland oder nach Österreich, wir wollen die EU sofort haben und nicht erst in 30 Jahren.

Politiker\*innen sähen das anders: Sie wüssten, dass sie bei einem solchen Zeithorizont keinen Posten in der EU bekommen werden; deshalb machten sie nur Lippenbekenntnisse. Sie wollten keine europäischen Werte. „Warum sollten diese Politiker ‚Rule of Law‘ haben wollen? Das bringt sie ja direkt ins Gefängnis“, folgerte Inzko. „Wenn wir in BuH gar nichts hinterlassen würden, keine Straßen, keine Infrastruktur, aber dafür Rechtsstaatlichkeit, dann könnten wir nach Hause gehen, dann hätten wir viel hinterlassen.“ Ein Grundwert sei sicher Rule of Law, ein anderes das Bildungssystem. Bürgerrechte und Wahlrecht müssten geändert werden, die Zivilgesellschaft gestärkt. In BuH, so Inzko, gibt es keine Staatsbürger\*innen – nur Serb\*innen, Kroat\*innen, Bosniak\*innen. Als Staatsbürger\*in kann man nicht für ein politisches Amt kandidieren (Angehörige der Rom oder jüdische Bürger\*innen könnten also auch nicht kandidieren). Dann gebe es die Wohnortregelung: Wenn man den falschen Meldezettel habe, könne man auch nicht kandidieren (Serb\*innen aus Sarajevo zum Beispiel oder Bosniak\*innen aus Srebrenica). Auch Menschen aus gemischten Ehen könnten nicht kandidieren.

Inzko befürchtet, dass bei der Wahlrechtsreform gemogelt werden soll. Niemand spräche im Vorfeld mit Jakob Finci, dem Juristen und Präsidenten der Jüdischen Gemeinschaft von Bosnien und Herzegowina, alle sprächen mit dem Vorsitzenden der bosnisch-kroatischen HDZ BiH, Dragan Čović. Die Central Election Commission wolle man ebenfalls nicht dabei haben. Die Opposition werde allerdings auf Verlangen des OHR dabei sein, dies sei ganz wichtig. Er wolle nichts anderes, als dass BuH ein ganz normales Land wird, sagte Inzko.

Wie können Deutschland und die EU bei der Umsetzung der Reformen helfen?, richtete Moderatorin Wölfl die Frage an Susanne Schütz. Sie müsse für die Beantwortung dieser Frage ein we-

nig ausholen, sagte Schütz. Wie auch Außenminister Heiko Maas auf seiner Reise nach Kosovo, Serbien und Nordmazedonien gesagt habe, liegen Deutschland die Länder des westlichen Balkans als künftige Mitglieder der EU sehr am Herzen. Die Situation in BuH sei derzeit aber Anlass zur Sorge. Der Reformprozess stoppe. Provokationen und Spaltungsversuche lenkten Aufmerksamkeit und Ressourcen von den Reformaufgaben ab. Allzu oft seien es Machtinteressen und Einzelne, die Zugriff auf diese Ressourcen haben wollten. Das oben angesprochene, angeblich slowenische „Non-Paper“ zeige dies.

Deutschland lehne Grenzveränderungen entlang ethnischer Kriterien auf dem Westbalkan ab, betonte Schütz. Dies würde die Instabilität in der Region erhöhen und neue Krisen heraufbeschwören. Vielmehr seien regionale Zusammenarbeit und Multiethnizität Garantien für Frieden, Demokratie und Wohlstand. BuH müsse auf seinem Weg von Dayton nach Brüssel schneller vorankommen und einen Grad an Stabilität erreichen, durch den es in eigener Ownership seinen Weg gehen könne. Dafür müsse das Land echte und nachhaltige Strukturreformen durchführen.

„In dieser Hinsicht war der letzte Länderbericht der EU-Kommission ein Warnsignal“, sagte Schütz. Die Lokalwahlen 2020 hätten gezeigt, dass politische Veränderungen möglich sind. In einigen Wahlkreisen seien lokale Politiker\*innen gewählt worden, welche ethnische Grenzen überwinden wollten. Unter den 14 von der EU formulierten unverzichtbaren Kernprioritäten sei eine die Reform des Wahlrechts. Klar sei, dass die Schaffung einer dritten Entität nicht das Ziel der Reformen sein dürfe. „Wir unterstützen den Wunsch auch der Zivilgesellschaft, eine Bürgergesellschaft jenseits ethnischer Kategorien zu schaffen“, sagte Schütz. Die Ownership für die Reformen liege auf Seiten BuHs. Zusätzlich habe der OHR bei der Umsetzung der Reformen eine wichtige Rolle inne. Deutschland habe die Kandidatur von Christian Schmidt als Nachfolger für den scheidenden OHR Inzko vorgeschlagen, um BuH wieder verstärkt auf die europäische Agenda zu bringen.

### Die Stimme der Bürger\*innen wird nicht gehört

Anschließend sprach *Mirsad Hadžikadić* zum Thema. Wenn er auf die Geschichte seit dem Krieg schaue, sagte Hadžikadić, dann habe er in den zehn Jahren, in denen der OHR zu Anfang die „Bonn Powers“ ausgeübt hatte, Fortschritt und auch einen wirtschaftlichen Aufschwung in BuH beobachtet. In dieser Zeit sei das Land eines der Top-20-Länder gewesen, was Investitionen betrifft. Dann seien verstärkte Bemühungen sichtbar geworden, den Einfluss des OHR zu schmälern und Wiederaufbau und Demokratisierung in die Hände einheimischer Machthaber\*innen zu legen. Unter der politischen Elite habe es aber gar kein Verlangen danach gegeben, die Situation zu ändern. Sie leugneten bis heute, dass BuH ein dysfunktionaler Staat ist. Unter diesen Bedingungen sei es schwierig, das Land zu regieren und aufzubauen.

Dayton sollte den Krieg beenden, so *Hadžikadić*, hätte dem Land aber keine Werkzeuge gegeben, um in Frieden zu funktionieren. Dies sei in einem Staat geendet, in dem die ethnischen Regeln wichtiger seien als die Bürgerrechte. Verletzungen der Menschenrechte seien Alltag. „Wir wollen Mitglied der EU und der NATO werden. Aber [...] die Verfassung erlaubt es uns nicht, den Pfad des Fortschritts weiter zu beschreiten. [...] Wir haben ein Verfassungsarrangement, welches es Bosnien und Herzegowina nicht erlaubt, voranzukommen“, sagte Hadžikadić. Nicht nur der ethnische Ansatz sei auf dem Weg hin zur Demokratisierung ein Hindernis:

“The voice of the citizens cannot be heard.” Alle Rechte lägen innerhalb der ethnischen Gruppen. Wahlen in BuH würden ständig manipuliert. Die Menschen seien nicht frei, zu wählen, wen sie wollten, weil ihre Arbeitsplätze und ihr Leben von den Wahlausgängen abhingen. Nur die Pandemie stoppe den Exodus derer, die ihr Auskommen deshalb im Ausland suchten, sagte *Hadžikadić*.

Zwölf Jahre lang habe es keine Wahlen in Mostar gegeben, dies habe die Teilung zementiert. Es gebe hinsichtlich der Bürgerrechte asymmetrische Lösungen in der Republika Srpska und der Föderation. Es müsse unbedingt die Möglichkeit der digitalen Stimmabgabe geben, um sicher festzustellen, was der Wille der Wähler\*innen ist.

Die Menschen müssten verstehen, dass es letztendlich an ihnen selbst liegt, die derzeitige Situation zu beenden. Die Internationale Gemeinschaft stehe vor dem Problem, dass gewisse Politiker die Gesellschaft von innen heraus zerstören wollten. Man müsse gesunde Kräfte im Land, in der Zivilgesellschaft finden, die es neu aufbauen können und auch wollen. Moderatorin *Wölfl* sagte, dass dies sowohl Vertreter\*innen aus der Politik als auch aus der Bürgergesellschaft sein könnten, aber dass letztere schwierig in den Prozess einzubauen seien.

### Wie kann die Bürgergesellschaft in die Demokratisierung eingebunden werden?

Grundsätzlich könne diese Einbindung klappen, sagte *Majda Ruge*. Aber die Wirklichkeit sei kompliziert. Eine Meinungsumfrage von 2019 habe erhoben, was die Bürger\*innen, die ja angeblich von den nationalistischen Parteien repräsentiert werden, tatsächlich über wichtige Themen denken. Auf die Frage nach der größten Sicherheitsbedrohung für unser Land heute hätten 32 Prozent die organisierte Kriminalität genannt und nur 17 Prozent ethnische Konflikte. Als größtes Problem habe die Arbeitslosigkeit mit 73 Prozent an der Spitze gestanden, gefolgt von Korruption mit 46 und Kriminalität mit 34 Prozent. Lediglich drei Prozent der Befragten hätten Konflikte zwischen ethnischen Gruppen als Hauptproblem benannt.

Über ethnische Konflikte würde viel gesprochen. Worüber nicht gesprochen werde, sagte *Ruge*: Interessenkonflikte zwischen nationalistischen Parteien, die sehr oft mit der organisierten Kriminalität zusammenarbeiten, und der Gesamtbevölkerung, die von den zur Verfügung stehenden Geldern öffentlicher Institutionen ihren Anteil bekommen sollte. Wenn man von der Bürgergesellschaft spreche, müsse man dies im Auge behalten.

Bei so einer Reform wie jener des Wahlgesetzes werde die Central Election Commission und auch der OHR nicht beteiligt, da gehe es nämlich um ganz spezielle Interessen lokaler Machthaber, sagte *Ruge*. Sie könne sich an keinen einzigen politischen Reformprozess in den vergangenen Jahren erinnern, bei dem in BuH die Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht und einen Anteil gehabt hätte.

Ein erster Schritt zur Einbeziehung der Bürgergesellschaft in den jetzigen Reformprozess wäre, ihr eine Stimme zu geben, um die Repräsentationslücke der nationalistischen Parteien auszuhebeln und um „das nicht mehr zu legitimieren, was nicht mehr legitimierbar ist“ und was sich vielfach auf einen Diebstahl öffentlicher Gelder reduziert, sagte *Ruge*. Eine Meinungsumfrage wäre gut, in der erhoben würde, was wichtiger für die Bürger\*innen wäre: ein funktionierender öffentlicher Sektor, oder Wirtschaft, oder Gesundheitswesen, oder andererseits der Person eine Stimme zu geben, die behauptet, der einzige echte Serbe, Kroat oder Bosniaka zu sein.

*Adelheid Wölfl* fügte zum Thema „Legitimität“ hinzu, dass die Kroatische Botschaft im Vorfeld der Veranstaltung einen Brief geschickt habe, in welchem sie schreibt, dass sie ein Bosnien als ganzheitlichen und stabilen Staat mit zwei Entitäten und drei gleichberechtigten Völkern unterstützt, von denen jedes der drei konstitutiven Völker seine legitimen Vertreter\*innen auf allen Regierungsebenen wählen kann. Es wird also, so Wölfl, die Forderung nach der legitimen Vertretung gestellt und außerdem die „Anerkennung des Urteils des Verfassungsgerichtes von BuH“ – Wölfl nahm an, dies beziehe sich auf den Fall Ljubić.<sup>1</sup> In welchem Rechtskontext aber stünde eine solche legitime Repräsentation, was würde sie im Rahmen des Wahlgesetzes bedeuten und was habe dies alles mit dem Fall Ljubić zu tun? Worin, so richtete sie die Frage an Joseph Marko, sieht er hierbei die größte Gefahr, dass die ethno-nationalistische Spaltung BuHs noch weiter zementiert wird?

*Joseph Marko* sagte, die Schwierigkeit sei, aus der Fülle an Details das Grundproblem zu benennen. Majda Ruge habe von einer Repräsentationslücke gesprochen und es damit perfekt auf den Punkt gebracht. Die zentrale Frage hinter allen juristischen Details sei also: Was versteht man unter Repräsentation, was ist mit

dem Schlagwort „legitime Repräsentation“ der konstitutiven Völker auf den einzelnen Regierungsebenen genau gemeint? Als Professor für vergleichendes Verfassungsrecht müsse er ein wenig ausholen. Wenn man sich die Geschichte Europas und Nordamerikas anschau, habe man zwei Modelle politischer Repräsentation. Im Annex 4 von Dayton kämen diese zum Ausdruck. Aber keines dieser Modelle könne man als das einzig wahre, richtige Modell bezeichnen. Das hänge vom kulturellen, politischen und historischen Kontext ab.

Im ersten Modell sind es die einzelnen Staatsbürger\*innen, die ihre Vertretung in ein Parlament wählen. Die Präambel der amerikanischen Verfassung ginge allerdings von einer Fiktion aus: „We, the People“ – wer ist das? The People, das waren 1797 nicht die Indianer und Afroamerikaner und auch keine Frauen. Die Bürgerrechte wurden erst nach und nach auf alle ausgedehnt, in einer der ältesten Demokratien, der Schweiz, auf Frauen sogar erst 1980 durch ein Urteil des Bundesgerichts.

Im zweiten Modell können auch Bevölkerungsgruppen, die sich nach bestimmten Merkmalen unterscheiden, ihre Interessen im Parlament zum Ausdruck bringen. Im bosnischen Modell werden bestimmte Bevölkerungsgruppen beim Namen genannt. Serben/Kroaten/Bosniaken, die anderen konstituierenden Nationen werden die „Citizens“ genannt; es hat aber noch keiner ausformuliert, wer das denn genau ist, und kein Gericht hat sich getraut, zu urteilen, dass auch diese Citizens konstituierende Völker BuHs sind.

Die Repräsentant\*innen von allen weiteren Bevölkerungsgruppen und „Minderheiten“ sollten ebenfalls im Parlament vertreten sein, forderte *Marko*. In Slowenien seien das zum Beispiel ein/e Ungar\*in und ein/e Italiener\*in. Eine Stimme geben – aber was kann ich dann damit anfangen, wenn ich sie im Parlament zum Ausdruck bringe?, fragte *Marko*. In BuH sei das zen-

1 „Konkret geht es um die Umsetzung eines Urteils des bosnischen Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2016. Das Ljubić-Urteil folgte einer Beschwerde eines bosnischen Kroaten namens Božo Ljubić, der argumentierte, dass die Tatsache, dass aus allen zehn Kantonen des Landesteils Föderation jeweils mindestens ein Kroat in das Haus der Völker des Parlaments der Föderation entsandt werden muss, verfassungswidrig sei, weil dadurch angeblich die Gleichheit der drei konstitutiven Völker (Bosniaken, Serben, Kroaten) verletzt werden würde.“ *Adelheid Wölfl* in *Der Standard*, <https://www.derstandard.de/story/2000125087370/bosnien-forderung-nach-wahlgesetztaenderung-ohne-rechtliche-basis>

trale Problem, dass Vetorechte eingeführt wurden, auch ein Entitäts-Veto. Und letzteres sei der zentrale Mechanismus, um den gesamten parlamentarischen Gesetzgebungsprozess dysfunktional werden zu lassen. Rund 800-mal allein zwischen 1998 und 2008 sei von diesem speziellen Vetorecht Gebrauch gemacht worden. Dies habe das Parlament lahmgelegt. Also mussten Reformen immer wieder über die „Bonn Powers“ umgesetzt werden.

Die Wissenschaft gehe davon aus, dass sich diese beiden Modelle – die Repräsentation „one man, one vote“ und die Repräsentation von Gruppeninteressen – gegenseitig ausschließen. *Marko* ist jedoch der Meinung, dass das Nebeneinander funktionieren kann und nannte als Beispiele Nordirland, Südtirol und Belgien, wo eine territoriale und institutionelle Vertretung der Flamen und der Wallonen in der Verfassung festgeschrieben ist. *Marko* wies allerdings darauf hin, dass es im Falle BuHs nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht wie geplant vertretbar sei, dass sich Menschen schon vorher als Kroatisch, Serbisch oder Bosnisch ausweisen müssen, um entsprechend Vertreter\*innen für das Haus der Völker wählen zu können. Es dürfe keine Wahlkreise nach ethno-nationalen Kriterien geben, diese Strukturen müssten aufgebrochen werden.

### Wie kann man der Zivilgesellschaft eine Stimme geben?

Zur letzten an ihn gestellten Frage sagte *Marko*, das Grundproblem sei: Wer ist die Zivilgesellschaft und wie organisiere ich sie? Aus verfassungsrechtlicher Sicht gebe es hier nur zwei Möglichkeiten: entweder durch Instrumente der direkten Demokratie (Volksbegehren, Referenden) oder durch eine Citizens Assembly – eine nach statistischen Kriterien ausgewählte Versammlung, die sich den gleichen Fragen parallel widmet und Lösungen erarbeitet, wie der Gemeinderat zum Beispiel. Aber ob das auf eine gesamtstaatliche Ebene übertragbar ist? Im Hinblick auf eine große Verfassungsreform wäre die zentrale Frage: Wie könnte eine verfassungsgebende Versammlung organisatorisch zusammengesetzt sein? Welche zivilgesellschaftliche Organisation, welche Berufsverbände hätten ein Recht, dabei zu sein? Wie würde das dann konkret umsetzbar sein, wie könnte

es funktionieren? Damit habe sich schon der damalige OHR Christian Schwarz-Schilling anlässlich des Versuches einer Verfassungsreform 2006/7 intensiv beschäftigt, bei der *Marko* ihn damals beraten habe.

### Fragen aus dem Publikum

*Adelheid Wölfl* gab eine erste Publikumsfrage direkt an *Valentin Inzko* weiter: Warum lässt die Internationale Gemeinschaft nur „limited changes“ an der Dayton-Verfassung zu? Was sind „limited changes“? Und wer wird am Prozess der Verfassungsänderung beteiligt?

*Inzko* erklärte, dass die limited Reform verschiedene Gründe hat. Es gab mehrere Anläufe für eine Verfassungsreform. Alle sind gescheitert. Diejenigen, die jetzt eine Wahlrechtsreform vorschlagen, die ja gleichzeitig auch eine Verfassungsänderung sein müsste, haben Angst, noch einmal zu scheitern. Niemand wolle eine echte, ehrliche Reform einleiten. Wo jemand wie *Jakob Finci* überall die gleichen Rechte hätte, auch in Banja Luka. Ein großer Wechsel wäre, nur einen Staatspräsidenten zu haben. Oder dass ganz Bosnien ein Wahlkreis wäre. Dann könne *Finci* sogar das vierte Mitglied des Staatspräsidiums werden, er sei ja sehr beliebt. Aber er dürfe eben nicht kandidieren. *Inzko* sagte, er wisse nicht genau, wie diese limited changes aussehen werden, weil er bis zum Zeitpunkt der Veranstaltung noch keinen Entwurf der Wahlrechtsreform gesehen habe.

*Susanne Schütz* sagte, Deutschland schreibe nicht vor, wie viele oder wenige Verfassungsänderungen sich BuH geben solle. „Wenn wir von limited sprechen, dann ist es die Geschichte von gescheiterten Verfassungsreformen und die Tatsache, dass wir wissen, dass eine Verfassungsreform in BuH eine Zweidrittelmehrheit braucht, die nicht leicht zu erreichen sein wird“, sagte sie.

Der Wandel könne nicht von der Internationalen Gemeinschaft verlangt werden, sagte *Wölfl*, er müsse von innen aus der bosnischen Gesellschaft heraus kommen. Abgesehen von der Wahlrechtsreform und der Stärkung der Zivilgesellschaft – wie müssten Verfassungsänderungen aussehen, die dem Land eine Mitgliedschaft in der EU möglich machen würden?



*Hadžikadić* sagte: Wir haben die ethnisch basierte Abstimmung ausgebaut und die bürger-schaftliche Abstimmung geschwächt, deshalb haben wir eine Diskrepanz. Die Politiker vertreten ihre Partei, aber nicht die Menschen. Die Parteienfinanzierung sollte geändert werden. Das Vetorecht sollte nicht mehr beliebig eingesetzt werden können, sondern nur, wenn eine Entscheidung für eine der ethnischen Gruppen von besonderer Wichtigkeit ist. Jeder sollte für jeden in jedem Ort wählen können. Wir müssen eine Balance zwischen dem Schutz der Rechte von ethnischen Gruppierungen und von einzelnen Bürger\*innen finden. Die jetzige Verfassung lässt das nicht zu. 50 Prozent der Bevölkerung arbeiten in öffentlichen Einrichtungen oder für die Regierung: Kein System kann sich das leisten!

Wie bewerten die Teilnehmer\*innen des Panels den „Mostar-Deal“<sup>2</sup>; also das Abkommen, welches die Wahlen in Mostar erst möglich gemacht hat: Gab es da eine ausreichende Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren im Vorfeld?, gab Wölfl eine Publikumsfrage an das Panel weiter.

Nach Einschätzung von *Majda Ruge* war das Stattfinden von Wahlen in Mostar nach zwölf Jahren sicher ein Erfolg. Wenn von Seiten der EU und der USA mehr politischer Druck ausgeübt worden wäre und man auch zivilgesellschaftliche Gruppierungen in die Verhandlungen mit einbezogen hätte, hätte man vielleicht einen Deal erzielt, der die Agenda zur Vereinigung der Stadt nicht gefährdet hätte. Jetzt sei die Gefahr der weiteren Aufteilung in ethno-administrative Teile größer. Der Deal hängt angeblich auch damit zusammen, dass man gegenüber der HDZ weitere Zugeständnisse gemacht hat, was die Wahlrechtsreform angeht.

Als weitere Publikumsfrage nannte *Wölfl*: Es geht doch nicht mehr darum, den Zustand zu beschreiben, man muss doch auch handeln. Die Diskussion über Loslösung der Republika Sprska müsse gestoppt werden, über die Vollstreckung internationaler Haftbefehle müsse

nachgedacht werden. Muss man massivere Geschütze auffahren, um die im Raum stehenden Sezessionsdrohungen zu stoppen?

*Susanne Schütz* antwortete, es wäre schön, wenn man die Dinge, die man als falsch erkannt hat, schnell beseitigen könnte. Unter Einsatz von außergewöhnlichen Mitteln. Deutschland seien aber die Hände gebunden. Es gebe Dinge, die man im Rahmen der Gesetzgebung regeln müsse. Das Dilemma sei eben, dass es immer auch die Unterstützung derjenigen brauche, die gewählt sind und ein politisches Amt ausüben. Insofern sei es ein zweischneidiges Schwert: Nach zwölf Jahren Wahlen in Mostar durchzuführen, sei eine demokratische Errungenschaft, aber gleichzeitig sehe Schütz auch, dass die Art und Weise, wie man dafür die Unterstützung bekommen hat, „schwierig“ ist.

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in BuH sei ein ganz wichtiges Element, darauf werde man sich noch mehr konzentrieren müssen. Aber mit welchen Mitteln man das machen solle und ob die NATO mit der EUFOR und Althea Mission die richtigen Ansprechpartner sind, werde man sehen müssen.

Eine andere Publikumsfrage betraf eine mögliche Antwort auf die Leugnung von Kriegsverbrechen und die Verherrlichung von Kriegsverbrechen: Was kann man tun? Gibt es Chancen auf ein Gesetz, welches diese Dinge unter Strafe stellt?

Was das Leugnungsgesetz betrifft, so habe es bereits zwei Änderungen des Strafrechts gegeben, sagte *Inzko*. Er könnte sich noch eine weitere Fassung vorstellen. Im Strafgesetzbuch könnte man entsprechende Paragraphen einfügen, ohne gleich ein Leugnungsgesetz einzuführen. Als praktische Maßnahmen solle man in der Republika Srpska die Dekorationen und Auszeichnungen von verurteilten Kriegsverbrechern (hier nannte er *Biljana Plavšić*, *Momčilo Krajišnik* und *Radovan Karadžić*) zurücknehmen. Dies wurde bereits gefordert, jedoch habe die Nationalversammlung der RS gesagt, das mache

2 S. hierzu *Alexander Rhoter / Oliver Rolofs*, 25 Jahre nach Dayton: Hält der Frieden in Bosnien und Herzegowina?, in: SOM 6 / 2020, S. 25–38; s. außerdem <https://ba.boell.org/de/2020/11/03/buergerzorn-mostar-die-eu-spricht-mit-der-mafia-nicht-mit-uns>

man später. Auch der 11. Juni rücke näher, sagte Inzko, der Jahrestag von Srebrenica. Es sei eine Schande, dass es noch kein Leugnungsgesetz oder vergleichbare Artikel im Strafgesetzbuch gebe. Denn besonders in letzter Zeit habe es eine Steigerung der Verherrlichung von Kriegsverbrechen gegeben.

Was würden Sie den Leuten aus der Diaspora raten, die uns heute auch zuhören, wie können sie sich engagieren, damit in BuH mehr erreicht werden kann?, stellte Wöfl eine weitere Publikumsfrage an das Panel. Und: Junge Leute, die in BuH leben, was können sie dazu beitragen, damit die Bürgergesellschaft leichter realisiert werden kann?

*Mirsad Hadžikadić* wies darauf hin, dass die Diaspora demnächst größer sein werde als die Anzahl der Bosnier\*innen im Land selbst. Erste verstehen, wie eine Demokratie funktioniert, sie könnten eine Menge zum Aufbau BuHs beitragen, sie seien ein Schlüssel zur Veränderung. Aber das Land selbst wolle gar nicht, dass die Diaspora am Aufschwung mitwirkt. Dafür müssten die im Ausland lebenden Staatsbürger\*innen vor allem wählen dürfen. Die Diaspora-Gemeinde sollte am politischen Leben ihrer Aufenthaltsländer teilnehmen und diese dazu ermuntern, Bosnien bei der Lösung seiner Probleme zu unterstützen. Das Land selbst habe anscheinend Angst vor der Diaspora, vor den Veränderungen, die sie vielleicht ins Land bringt.

Junge Menschen: Ja, die sollten aktiv beitragen, statt zu erwarten, dass das Land sie mit allem ausstattet, was sie brauchen, sagte *Hadžikadić*. Auch wenn er selbst in dem Alter nicht gerade an Politik interessiert war. Es gebe aber in Bosnien auch sehr junge Kandidat\*innen, wie die (an ihrem 30. Geburtstag am 8. April 2021 gewählte) Bürgermeisterin von Sarajevo, *Benjamina Karić*.

Die nächste Publikumsfrage bezog sich auf die neue US-Administration. Einige von deren Mitgliedern wissen – wie Joe Biden selbst – sehr viel über BuH, weil sie sich während des Krieges dort engagiert haben. Wie sehen Sie, gab Wöfl die Frage an das Panel weiter, die Rolle der Unterstützung aus den USA? Ist BuH wichtig genug, dass es eine ernsthafte Auseinandersetzung geben wird?

*Majda Ruge* sagte, sie hoffe, dass es in eine bestimmte Richtung geht, „die wir von früher kennen“. Die USA waren ja früher der wichtigste externe Akteur in BuH. EU-Anreize allein hätten nie gereicht, um Reformen zu schaffen. Dagegen waren Drohungen aus den USA mit anschließenden Sanktionen – dem Einfrieren von Vermögenswerten, Reiseverboten und anderem – sehr wichtig. Ruge macht sich jetzt Sorgen, dass BuH zunehmend aus der Liste der außenpolitischen Prioritäten der USA fällt. Dies sei nicht nur während der Trump-Administration bereits der Fall gewesen, sondern auch während der Regierungszeit von Barack Obama. Das Setup in der jetzigen Biden-Administration sei voll mit „bosnischen Veteranen“. Das Potenzial sei groß. Die Frage sei aber: Wie hoch wird BuH auf der Liste der außenpolitischen Prioritäten kommen?

Zum Abschluss wollte Moderatorin *Wöfl* noch etwas zum Kandidaten als Nachfolger im Amt des OHR, *Christian Schmidt*, von Botschafterin *Schütz* wissen und fragte, ob dieser dann die „Bonn Powers“ anwenden dürfe. Von *Valentin Inzko* wollte *Wöfl* wissen, was er sich von seinem Nachfolger für BuH wünscht.

*Susanne Schütz* erwartet, dass mit einem neuen OHR auch eine neue Dynamik in das Amt kommt. Die „Bonn Powers“ seien als wichtiges Instrument da, sie werden weiterhin auf dem Tisch liegen, müssten aber vorsichtig und nur als letztes Mittel angewendet werden.

*Schmidt* kann als Deutscher nicht auf die „Bonn Powers“ verzichten, sagte *Inzko*. Wenn er ohne sie nach Sarajevo reisen wolle, solle er zuhause bleiben. Es gehe um die Drohung, den Druck im Hintergrund. Manchmal könne man mit den „Bonn Powers“ gordische Knoten durchtrennen. Wenn er selbst könnte, würde er jetzt, kurz vor Amtsende, zum Beispiel noch ein Beschaffungsgesetz einführen, um öffentliche Ausschreibungen zu kontrollieren – jede Ausschreibung sei ja praktisch ein Bankomat, da sei immer Korruption dahinter. Man kann Regeln einführen, sagte *Inzko*, die für alle Seiten gleich angewendet werden, für alle Volksgruppen in beiden Entitäten. In Zeiten von Corona und zu wenig Geld in beiden Entitäten, in welchen Büchern und Brot hohen Steuern unterlägen, seien Wettbüros kaum besteuert! Die Steuern würden sich ja

nicht gegen das Volk richten, sondern gegen die Besitzer der Wettbüros, und die machten einen Umsatz von 1,6 Milliarden KM pro Jahr, das werde kaum besteuert.

Politiker zu entfernen sei schwieriger, sagte *Inzko*, das solle man nicht tun, obwohl sie es vielleicht verdient hätten. Wenn jemand sagt „Wir werden Verfassungsgerichtsurteile nicht anerkennen“: So eine/r habe nichts in der Politik verloren. Genau wie jemand, der Gerichtsurteile nur à la carte anerkennt – manche ja, andere nicht, wenn sie demjenigen nicht passen.

Eine Verfassungsreform sollte nicht mit „Bonn Powers“ erzwungen werden. Es sei besser, wenn das die drei Völker unter sich ausmachten.

Selektiv sei er jedoch ein großer Befürworter der „Bonn Powers“, sagte *Inzko*. Er sei sicher, dass niemand dem neuen OHR Christian Schmidt etwas vormachen könne. Der wisse, „wie man Gesetze strickt und wie man Kompromisse schließt“. Er halte viel von ihm, denn er werde frischen Wind nach BuH bringen: „He is welcome“, sagte *Inzko*.

*Adelheid Wölfl* bedankte sich abschließend bei den Podiumsmitgliedern und beim Publikum. Viele Stimmen seien zu Wort gekommen, und zumindest bei der Veranstaltung sei für Transparenz und Offenheit gesorgt worden, was in den letzten Wochen in BuH immer wieder gefordert worden sei.

## Richtlinien für Autorinnen und Autoren

### Berichte / Rezensionen

#### Formelle Vorgaben für den Text

**Umfang:** Tagungsberichte sollten maximal vier Seiten umfassen.

Rezensionen sollten 4.000 Zeichen incl. Leerzeichen nicht überschreiten. Bei mehr als 6.000 Zeichen muss die Rezension durch den/die Autor\*in gekürzt werden.

**Schriftart:** Times New Roman, 12 pt, einzeilig

#### Formatierungen im Text:

- Keine automatischen Silbentrennungsprogramme einstellen.
- Keine manuellen Wort-Trennungen vornehmen.
- Linksbündig schreiben, kein Blocksatz.
- Keine Einzüge an Absatz-Anfänge bzw. Tab-Stops an Zeilenanfänge setzen.
- Zwischen den Absätzen eine Leerzeile setzen.
- Sonderzeichen können verwendet werden (z. B. Milošević). Möglichst jedoch keine kyrillischen oder griechischen Schriftzeichen – diese besser transliterieren.

#### Kursiv-Setzungen:

- Nur bei der ersten Nennung von Vor- und Nachnamen eines/einer Autor\*in, der/die z. B. bei der Rezension eines Sammelbandes angeführt wird, oder bei Tagungsreferent\*innen.
- Ansonsten lediglich inhaltliche Hervorhebungen, Fachausdrücke oder fremdsprachliche feste Begriffe in Kursiv setzen.
- Buch- oder Referatstitel, Autor\*innen-Namen, Institutionen o. ä. nicht in Kursiv setzen – ggf. in Anführungszeichen.

#### Unentbehrliche Angaben

Folgende Angaben bitte dem Haupttext in der angegebenen Reihenfolge voranstellen:

##### bei Berichten (Tagungsberichten):

- Titel der Tagung,
- Veranstalter,
- Ort und Datum der Tagung,
- Vor- und Nachname des/der Berichtenden sowie Arbeitsort (z. B.: Bericht von Hans Mustermann, Kiel).

##### bei Rezensionen:

- Vor- und Nachname des/der Autor\*in bzw. des/der Herausgeber\*in (Hrsg.; Ed./Eds.),
- Titel des rezensierten Werkes,
- Erscheinungsort: Verlag und Erscheinungsjahr, Seitenzahl, ggf. in Klammern  
Schriftenreihe (= ...), ISBN- oder ISSN-Angabe,
- Vor-, Nachname und Arbeitsort des/der Rezensent\*in  
(z. B.: Rezensent: Hans Mustermann, Kiel).

#### Rechtschreibung/Sprachregelung

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung – ggf. Text mit einem Rechtschreib-Programm überprüfen. Bitte verfassen Sie Ihren Text in einer geschlechterneutralen Sprache. Vermeiden Sie dazu das generische Maskulinum („Autoren“, „Politiker“, „Teilnehmer“) und ersetzen Sie dies durch Nennung beider Geschlechter oder durch verkürzte Paarformen (z. B. AutorInnen, Autor(innen), Autor\*innen).